

Korrespondent

(A)

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 30. November 1918

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 138

Buchdruckgewerbe und Presse in der Übergangszeit

Der Verband und sein Organ leben sich in dieser jedenfalls nicht kurz verlaufenden Periode vor eine Fülle von Aufgaben und Verpflichtungen gestellt. Viel war vorauszuhaben, was aber der wider Erwarten schneller und verschärfter gekommene militärische und wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands und dazu die große staatliche Umwälzung gebracht haben und noch bringen werden, ist einfach nicht abzusehen. Selbstverständlich wird mit allen Händen zugegriffen, um unsere Organisation, ihre Mitglieder wie unsere gewerblichen Reglungen zu schützen, durch die brandenden Wogen hindurch- und zu besseren Zeit- und wirtschaftlichen Verhältnissen zu führen. Es bieten das im Verbands herrschende einträchtige Nebeneinanderwohnen von bald wieder 70000 Menschen, die im allgemeinen hoch zu wertende Abklärung der Geister wie die gegenüber andern Gewerkschaften viel unsicherbarer gebliebene, von außen betriebene Verbeugung gegen die Führer eine bis zu weitem Grade beruhigende Gewährleistung. Wir wollen wünschen, daß auch in diesen Zeitläuften, wo sich gar vieles in ganz anderer Reihenfolge vollzieht, unsere Kollegen ihre alte Organisation mehr noch als ruhenden Pol in der wild drängenden Erscheinungen flucht bewerten werden. Man braucht nicht im platten Sinne Führer der Expedition zu sein, um von heftigen Erregungen nichts zu halten. Es kann in diesen stürmischen Tagen nicht dringend genug geraten werden, nicht lediglich nach den Zielen, sondern auch nach den Wegen dahin zu leben. Da hat sich schon mancher bedenkliche Irrtum herausgestellt!

Wie die Verbandsleistung, so läßt es sich auch der „Korr.“ angehen sein, das starke Fluidum zwischen Mitglieder- und Führung zu erhalten, wenn notwendig, neuen Wein in alte Schläuche zu gießen, im übrigen aber pessimistischem Zweifelssinn wie opportunistischer Welterbörung gegenüber ruhige Festkraft zu behaupten. Verwirrung darf in unsern Reihen nicht aufkommen, da müssen die kritischen Vorstände auf dem Posten sein. Der manchmal anzutreffenden Inklarheit in den Maßnahmen der Arbeiter- und Soldatenräte sehe man die Klarheit der Anordnungen des Buchdruckerats entgegen. Wo immer eine Einwirkung möglich oder notwendig ist, werde sie vorgenommen, um Eisenbarikaden zu verhüten. Aus Interesse für die Arbeiterschaft, das merkwürdigerweise gerade jetzt bisweilen weilschlicher beachtet werden könnte.

Der Organisationsgedanke bei uns ist wurzelecht; ihn in diesem oder jenem mehr zu beleben, wird nach der Rückkehr unserer Feldgrauen leichter fallen als bisher, und es muß je nach den örtlichen Verhältnissen sein, auch wenn die Not der Zeit sich demnach noch schmerzhafter ausprägen sollte. Vertrauen und Vertrauen gegenseitig mögen sich in dieser bewegten Zeit bei uns von neuem bestens bewähren!

Die in der nächsten Woche tagende, aus der Zeitungszentrale Berlin nach der Buchdruckmetropole Leipzig verlegte Gauvorkreiskonferenz wird in allen diesen Beziehungen sowie zur Übergangszeit im besonderen ein schweres Stück Arbeit zu verrichten haben. Der Buchdruckerat hat in einer zu Ende dieser Woche in Berlin stattfindenden Sitzung zu der kritischen wirtschaftlichen Lage und den brennenden Selbstnuten Stellung nehmen müssen. Von beiden Beratungen erhoffen wir zweckentsprechende Maßnahmen und praktische Wegweisungen durch das Dabrinth von Verwicklungen. An Eingaben soll es nicht fehlen, sofern es irgend Nutzen verspricht, für unsere gewerblichen Interessen dadurch etwas herauszuschlagen oder Vertretungen unserer wie der graphischen Arbeiterorganisationen in wirtschaftlichen Ausschüssen zu erlangen. Der in Nr. 136 besprochene gemeinliche, von den vier graphischen Verbänden bei der Regierung des alten Systems noch unternommene Schritt war schon ein Bei-

spiel dieser Art. Die noch recht verworrenen Verhältnisse in der jungen Republik werden öfters Vorstellungen bedingen. Zur Gemeinschaftsarbeit mit andern Organisationen auf beiden Seiten müssen wir deshalb nicht nur zentral, sondern auch örtlich bereit sein. Ein von der unabhängigen sozialdemokratischen Presse immer gern zum Kronzeugen ausgeliehenes Blatt — wenn es einmal anders pleist, ist von einer Beziehung allerdings nichts zu merken — schrieb in seiner letzten Nummer: „Für die nächsten Monate bedeutet die Praxis alles, die Theorie verzweifelt wenig“, und warnte schlankweg vor Experimenten jezt mit dem sozialistischen Programm. Man wird dem beipflichten müssen, wenn das auch keine Anerkennung eines Zukunftswechsels sein soll. Weil die Praxis alles bedeutet, werden auch wir so „unmodern“ sein, mit den Unternehmerverebänden des graphischen Gewerbes alles zu versuchen, um Arbeit zu beschaffen, Arbeitslose unterzubringen, Rohmaterialien und Halbfabrikate zu bekommen, zu Betriebsvereinfachungen anderer Art zu gelangen; schließlich auch zu dem Zweck, einen in wirtschaftlichen Fragen sich beträchtlich abseits der gesunden Vernunft bewegenden Arbeiter- und Soldatenrat, Volksgauschluß usw. entsprechend zu erleuchten. In Stuttgart haben sich zehn Partner zusammengefunden. Es wird örtlich noch mehrfach dazu gekommen sein. Wir begrüßen das.

Zwei beachtliche Erfolge der Tarifgemeinschaft sind aus der letzten Zeit zu vermerken: Reichsdruckerei und Krupp haben den Tarif offiziell anerkannt! Während der Streiksdauer ist für mancher Tarifgegner zu Kreuze gekrochen, er hätte sonst seinen Betrieb schließen können. Anders lag es bei den genannten Riesetrieben. Für die Reichsdruckerei bestand die alte verpörrte Auffassung, daß ein Regierungsinstitut außerhalb der Reglementierung für Privatbetriebe liege. Die praktische Einhaltung des Tarifs stand außer Frage. Die Graphische Anstalt der Firma Friedrich Krupp in Essen zählt etwa 450 Beschäftigte. Hier war es wohl hauptsächlich die längere Arbeitszeit in den andern Abteilungen; nun fährt man dort sogar achtstündig. Daß auch der bisherige Standpunkt der Großindustrie in Rheinland-Westfalen der Tarifgemeinschaft abgeneigt war, braucht nicht besonders gesagt zu werden. Das graphische Personal wollte aber nicht länger noch in einer Ausnahmestellung bleiben. Unser Kollege Albrecht (Aßln) hatte eine längere Besprechung mit der Betriebsleitung, die zu dem erwähnten Resultat führte und dem größten Teile der dort beschäftigten Kollegen noch eine besondere Entschädigung von 270 bis 300 Mk. eintrug.

Wichtige Statistiken sind in Vorbereitung oder schon in der Erhebung begriffen. In der zweiten Dezemberwoche, und zwar am Sabstage derselben, befragt das Tarifamt sowohl die Prinzipalität wie die Gehilfenschaft in der umfassendsten Weise nach den gewerblichen und materiellen Verhältnissen in den Betrieben. Auch die Ertragskräfte, die Hilfsarbeiter und das Kostgeld der Beihilfen werden miterfaßt. Die Fragebogen für die Prinzipale weisen ebenfalls Erweiterungen auf. Seit Mai 1917 hat eine statistische Aufnahme über unser Gewerbe nicht mehr stattgefunden, es werden sich also sehr große Veränderungen ergeben. Eine nicht vorauszuhaben gewesene Verchiebung des Personalbestandes bringt allerdings die pörrliche Demobilmachung mit sich. Die Drucker- vertrauensmänner ersuchen wir eindringlich, recht genau alle Angaben zu machen und für recht schnelle Zurücksendung der Fragebogen zu sorgen. Es muß auch alles aufgeboten werden, über die kleinen ländlichen Druckorte die Verhältnisse zu erforschen. Dort hat während der Kriegszeit der Schwamm oft das Gemüde der Tarifgemeinschaft angegriffen.

Der Verbandsvorstand hat Mitte September zwei Formulare zu sehr eingehenden Hauskassentats verfaßt, die monatlich abzuschließen sind. Es ist die sogenannte Normalfamilie angenommen. In jedem Gau werden in bestimmten Orten mit gleichem Lokalaufschlag von äußert

zuverlässigen Haushaltungsvorständen die erforderlichen Aufzeichnungen gemacht. Das erfordert viel Mühe, wird aber eine um die ganze Gehilfenschaft verdienstliche Arbeit sein, die den betreffenden Kollegen hoch gedankt werden muß. Die Feststellungen für die Übergangszeit sind von der allergrößten Wichtigkeit, damit falsche Bilder verworfen werden können. Gewissenhaftestes Arbeiten ist hier selbstverständlich Grundbedingung. Vor langen Jahren führte das Tarifamt Lebensmittelfaktistiken. Dann wurde Calmer Mode. Das eine war nicht mehr durchführbar, der andre Weg erwies sich als immer unzulänglicher. Nunmehr hat die Verbandsleitung mit vollen Haushaltungsrechnungen, die fastlich nichts unberücksichtigt lassen, einen Versuch unternommen. Ob er gelingt? Wir wünschen es, denn eine genaue Feststellung dessen, was das Leben kostet, ist absolut notwendig. Zur Tagung des Tarifauschusses im Juli waren uns in letzter Minute noch mehrere aufgeführte Haushaltsbudgets zugegangen, es werden sich wohl auch jezt vertrauenswürdige Kollegen genügend zu diesem Werke bereitgefunden haben.

Die Ausschüsse für unser Gewerbe wollen wir nach zwei Prinzipalsstimmen aus den jüngsten Tagen kurz andeuten, dabei aber vorweg bemerken, daß die allerneuesten, im letzten Abschnitt dieses Artikels besprochenen Schwierigkeiten noch nicht in Betracht gezogen werden konnten.

Die „Zeitschrift“ meint, es erscheine zweifellos, daß der wiederkehrende Friedenszustand vor allem das Buchdruckgewerbe begünstigen werde; an Arbeiten dürfte es nicht fehlen. Die Prinzipalsorganisation werde alles tun, zur Auftragserteilung anzuregen, und rechte dabei auf die Unterstützung der Presse. Wie im Kriege, so gelte auch für die Übergangswirtschaft die Lösung „Durchhalten!“

In den „Mitteilungen“ des Bezirksvereins Oberbayern wird laut Zuschriften aus Mitgliederkreisen erwähnt, daß die Besteller augenblicklich mit Aufträgen zurückhalten, weil sie mit einer Verbilligung der Drucksachen nach Friedensschluß rechnen. Es heißt dazu, diese Ansicht erkläre nicht allein das gegenwärtig sichtbare Nachlassen des Drucksachenbedarfs. Richtiger sei, daß durch den starken Abbau der Kriegswirtschaft schon ein starker Nachschub eingetreten wäre. Weiter seien die augenblicklichen Umwälzungen der gesamten politischen und inneren Verhältnisse sowie die ungeordnete und unübersichtliche Lage für Handel und Industrie als Ursachen der Zurückhaltung anzusehen. In einen Rückgang der Druckpreise könne auch nach Friedensschluß noch lange nicht gedacht werden wegen der allem Bernehmen nach anhaltenden hohen Materialpreise.

Beide Prinzipalsblätter reden einer strengen Beachtung des Druckpreises und seiner Aufschläge das Wort und berühren dabei auch das Interesse der Gehilfenschaft an der Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz. Was ganz richtig ist. Wir nelgen betriebs der Ausschüsse für unser Gewerbe aber der pessimistischsten Auffassung der oberbayerischen „Mitteilungen“ zu; die „Zeitschrift“ entwickelte schon in ihrer Nummer von Mitte November zu viel Optimismus.

Verklärung und Abklärung der Arbeitszeit kommen gegenwärtig in Betracht. Unser Prinzipale finden — andre Unternehmerkreise noch weniger — bisher hierin nicht von großer Bewilligungslust befeelt gewesen. Die Restabilität der Maschinen ist der springende Punkt. Wir sind seit Mitte v. S. aus Ernährungsfragen für Arbeitszeitverkürzung eingetreten, haben sie uns aber nur allgemein, durch einen Geselchats, einführbar gedacht. Aus den Reihen unserer Organisation kamen im Laufe der Kriegszeit auch mehrfach Anregungen hierzu; es wurde jedoch meistens dabei nicht der große Arbeitermangel berücksichtigt, obwohl das stark ausgeprägte Überfundenwesen die momentane Schwierigkeit hervorriefen ließ. Die Vorkonferenz der freien Gewerkschaften im September behalte sich recht eingehend mit dieser wichtigen Frage, nahm auch mit der Regierung durch eine Kom-

mission Rücksprache. Die Herstellung des Kriegsbedarfs wurde dieser als Hauptbehinderungsbegriff bezeichnet. Nur es damit glücklicherweise vorbei ist, außerdem Millionen von Händen Arbeit haben wollen, was eine wirkliche Notwendigkeit, nachdrücklich mit einer beträchtlichen Verkürzung der Arbeitszeit vorzugeben. Der Achtfundentag nur konnte es sein. Die preussischen Regierungen des Reiches und der Bundesstaaten wie Brüssel die Arbeiter- und Soldatenräte und die im Einvernehmen handelnden Gewerkschaften und großen Unternehmerverbände stimmten darin überein. Die zeitlichen Abweichungen für die Einführung wurden gerade durch die letzteren Vereinbarungen ausgeglichen, indem schon der 18. November als Termin festgelegt wurde. Auch unser Buchdruckeramt stellte sich unbedenklich auf diesen Standpunkt. Der Überleitung in die Friedenswirtschaft, die im wesentlichen Beschaffung von Arbeitsgegenständen für die aus dem Felde zurückkehrenden Massen bedeutet, wie auch der Rücksicht auf die zurückgegangene Arbeitskraft infolge der Ernährungsnote wurde so auf entschlossen. Was bei den vorher ausgearbeiteten Plänen für die Übergangswirtschaft noch mit bedenklichen Augen betrachtet worden war, mußte infolge der plötzlichen Demobilisierung nun auf einmal gehen. Eine alte Forderung der politischen Arbeiterbewegung wie der Gewerkschaften fand also außerordentlich schnelle Erfüllung.

Wie wir in voriger Nummer andeuteten, muß aber vorderhand an einer weitergehenden Abklärung der Arbeitszeit geschrift werden. Es ist nicht möglich, allen jetzt ausreichende Arbeitsgegenstände zu geben, wo unser Wirtschaftsleben sich augenblicklich in einem mehr oder weniger chaotischen Zustand befindet und zum Aufbau noch so gut wie alles fehlt. Die während der Demobilisierungszeit ganz ungewöhnlichen Transportchwierigkeiten wie der dadurch und infolge von Bergarbeiterstreiks in den rheinischen und ober-schlesischen Revieren, die gar nicht umgekehrter sich einstellen konnten, hervorgerufene außerordentliche Mangel an Eisen, die Aussicht auf schnelle Behebung der Schwierigkeiten bedeutend. Auch vorläufige Sozialisierungsabsichten vermögen die Unternehmungslust nicht zu steigern. So bleibt nichts anderes übrig, als für eine bestimmte Übergangszeit nochmals die Arbeitszeit beträchtlich abzukürzen; in Berlin trägt man sich mit dem Gedanken, bis auf fünf Stunden eventuell herabzugeben. Damit wird ein neues und sehr schwieriges Problem aufgerollt, nämlich das der Regelung des Lohnausfalls. Die Unternehmer können für ihre Produkte nicht noch eine dementsprechende Preiserhöhung einstellen lassen; volkswirtschaftlich würde das noch mehr niederschlagen, als es durch die Verhältnisse während der Kriegszeit und der Demobilisation bereits geschehen ist. Die öffentlichen Arbeitslosenunterstützung muß deshalb hier eingreifen. Es wird das in etwas anderer Form zu erfolgen haben, als es für die faktische Arbeitslosigkeit gedacht ist. Auch das muß schnellstens geschehen. Soweit die Gewerkschaften dabei in Mitleidenschaft gezogen werden, ist noch nicht abzusehen. Keinesfalls dürfen sie wieder wie bei Kriegsausbruch mit den Halbtagslöhnen usw. herangezogen werden. Sie haben damals — unsere Organisation wahrlich nicht zuletzt — mehr als ihre Schuldigkeit getan, jetzt ist der Staat an der Reihe. Die Unternehmerverbände können aus ihren aufgammelten Kampffonds gegen die Arbeiterchaft für diese gewiß unerschöpfliche Art von Arbeitslosigkeit ebenfalls auf einer teilweise Unterstützungspflicht angehalten werden.

Die für das Buchdruck- und das Setzungs-gewerbe hier zu erwartenden, recht einschneidenden Maßnahmen werden hoffentlich die Lage nicht zu sehr verschlimmern.

Zwei Urteile über das gegenwärtige Durcheinander möchten wir anführen, damit unsere Leser auch von andern Firmen etwas hören können. Die „Zeitschrift“ machte in ihrer vorletzten Nummer ihrem gepredigten Serzen folgendermaßen Luft:

Wird ein annehmbarer Frieden erreicht und kehrt in den politischen Anschauungen die zur Weiterentwicklung der Geschäfte unbedingt erforderliche Stetigkeit und Ruhe ein, die heute durch die vielfach rigorosen und unverständlichen Maßnahmen der Arbeiter- und Soldatenräte sowie durch das Gegeneinanderarbeiten der verschiedenen politischen Richtungen in der Arbeiterchaft sehr gefährdet wird, so ist auch ein Wiederaufleben der Geschäftstätigkeit mit Sicherheit zu erwarten.

Es wird aber auch mit darauf ankommen, daß auch die Arbeiterchaft des Buchdruckerwesens, die ja der übrigen Arbeiterchaft in geistiger und organisatorischer Beziehung immer vorbildlich vorangegangen ist, ihren Einfluß geltend macht, daß Maßnahmen, welche die ruhige geschäftliche Entwicklung behindern, nach Möglichkeit unterdrückt werden. Nur dann werden die Buchdruckerbesten und deren Organisation in der Lage sein, mit Erfolg dafür zu sorgen, daß sie die nötigen Aufträge erlangen, um die aus dem Kriegsdienste zurückkehrenden Berufsgenossen wieder in den Geschäften einstellen zu können.

Das Organ des Buchbinderverbandes wird am 1. Dezember also seine Meinung vernehmen lassen:

Es wird in Berlin viel zu viel dekretiert und reglementiert und regiert von den Arbeiter- und Soldatenräten. Früher haben wir mit Recht über die tausend und aber tausend Verordnungen des alten Obrigkeitsstaates die Schalen unsres Spottes ausgegossen. Jetzt es aber in dem jetzigen Tempo weiter, dann werden uns die ungeheuren Verordnungen der Arbeiter- und Soldatenräte wie Mühlräder im Kopfe herumgehen, daß wir gleich dem jungen Studenten in Goethes „Faust“ dumm davon werden.

Und was das schlimmste ist: dies sinnlose und widersprechende Verordnen — was heute verordnet wird, wird morgen vielfach wieder aufgehoben —, bald von dieser, bald von jener Körperchaft, greift mit roher Faust in den feinkonstruierten Mechanismus unsres Wirtschaftslebens ein, bindet die Produktion und die allmähliche Abertelung der privatkapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise. Nur allmählich und planmäßig kann diese Umwälzung vor sich gehen. Wer den Arbeitern etwas anderes vorredet, der ist eben unerfahren in wirtschaftlichen Dingen oder arbeitet gar mit demagogischen Mitteln, um sich Anhang bei den urteilslosen Leuten zu verschaffen.

Möge die graphische Arbeiterchaft an ihrem Teile durch vernunftgemäßes Verhalten unter den heutigen unglücklichen Schwierigkeiten zu einer Gesundung unsres Wirtschaftslebens beitragen.

Berlin und Leipzig sind zwar noch nicht Deutschland, und speziell aus dem Süden erhält man viel abgeklärtere Bilder. Aber es kann von den Zentren des Radikalismus und einigen Nebenplätzen aus doch viel zer schlagen werden, wo jetzt Wiederaufstehen am notwendigsten ist. Gerade zum Wohle des jungen republikanischen Staatswesens muß dringend gefordert werden, mit der Verpönerer und Reglementierer nicht noch den gekürzten Militär- und Postdienst sowie die anordnungswilligen Kriegsgesellschaften zu überbieten.

Eine Abänderung der neuen Zuschläge auf den Druckprellkraft ist in der am 23. November erschienenen Nummer des „Korr.“ insofern vorzunehmen, als überall 10 Proz. mehr einzuladen sind für die dort angegebenen Preise. Ihre Nr. 135 war schon ausgedruckt, als das bekanntgegeben wurde. Die achtstündige Arbeitszeit erfordert einen höheren Aufschlag. Im ganzen bewegt sich nun von 140 bis zu 200 Proz. Die Auftragsfreudigkeit erhöht dadurch keine größere Belegung, es ist aber eine Zwangslage gegeben. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist, wie die „Zeitschrift“ mit unbefristetem Rechte sagen kann, namentlich für den Maschinenbetrieb von starkem Einflusse.

Die Erscheinungsweise der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ ist der schnellen Veröffentlichung der jetzt so wichtigen Bekanntmachungen ein wahres Hindernis. Die Organe der Tarifgemeinschaft — des Buchdruckeramtes nun mit — sollen vereinsabstimmungsgemäß solche Publikationen gleichzeitig bringen. Das nur einmalige, am Ende der Woche liegende Erscheinen des Prinzipalsorgans hat sich häufig schon hindern gemacht, indem wichtige Bekanntmachungen auch vom „Korr.“ so lange zurückgestellt werden müssen. Dagegen sind „Setzungsverlag“, „Allgemeiner Anzeiger für Drucker“ und „Typograph“ bereits freitags in der Lage, ihre Leser mit neuen Beschlägen der Tarifbedürden usw. bekannt zu machen. Die beiden Hauptorgane kommen also hinterher, weil man im Deutschen Buchdruckerverein — allerdings nicht widerspruchlos — den unglücklichen Gedanken faßt, von Neujahr 1917 an die „Zeitschrift“ nur noch einmal wöchentlich herauszugeben. Wenn Buchdrucker sich selbst so hinter das Grob stellen, so ist das immer vom Abel. Es ist ein großer Widerspruch, was in dem an die Goslarer Hauptversammlung 1916 erlassenen Bericht über die Nützlichkeit des zweimaligen Erscheinens der „Zeitschrift“ (Nr. 72 von 1916) gerade in bezug auf schnelle Bekanntgabe kriegswirtschaftlicher Anordnungen zu lesen ist, und was man jetzt beim Übergang in die Friedenswirtschaft mit den vermehrten Bekanntmachungen und andern offiziellen Veröffentlichungen praktisch erlebt. Da in Prinzipalskreisen einmal ein großes Verschlingen Platz greift, als der „Korr.“ eine ihm nicht als amtlich erscheinende Publikation in der Donnerstagsnummer brachte, die fällige „Zeitschrift“ aber ausnahmsweise verspätet erschien, so haben wir seitdem noch größere Rücksicht genommen. Wir erklären jedoch, es in Zukunft nicht mehr zu tun, wenn nicht in der Erscheinungsweise der „Zeitschrift“ eine im Interesse der Sache gebotene Änderung eintritt bzw. Rücksicht zum zweimaligen Erscheinens stattfindet. Da außerdem das Prinzipalsorgan häufig mit großer Verspätung herauskommt — die Nummer vom 22. November erschr durch eine Bekanntmachung eine begriffliche Verspätung; daß wir sie am Erscheinungsort aber erst am 26. nachmittags erhielten, ist denn doch zu viel —, sind die Prinzipale noch extra im Nachhinein gegenüber den Lesern des „Setzungsverlags“, von „Kilmisch“ usw. Wir meinen, es ist nur recht und billig, wenn in einer Zeit, wo der Deutsche Buchdruckerverein den Auf „Schafft Arbeitsgegenstände!“ ins Land hinausgeben läßt, er der tech-

nischen Seite der Herstellung seines Vereinsorgans größere Aufmerksamkeit zuwendet.

Bemerkenswerte Vorgänge in graphischen Gewerbezeigen sollen kurz Erwähnung finden: Am 28. November berieten die beiderseitigen Vorstände des Buchbinderwesens in Leipzig über Fragen der künftigen Tarifgemeinschaft. Tags zuvor ging eine Gewerkschaftskonferenz des Buchbinderverbandes voraus. Die bekannten Vereinbarungen zwischen allen Gewerkschaftsrichtungen und den großen Unternehmerverbänden haben der Verband Deutscher Buchbinderbesitzer und der Verband der Einzelfabrikanten anerkannt, während der Bund Deutscher Buchbinderinnungen sich außerlands erklärt, in die „persönlichen Angelegenheiten der Mitglieder“ einzugreifen. Da wird dann eben die Organisation der Buchbinder eingeleitet!

Im Stein druckgewerbe hat es eine regelrechte Revolution gegeben. Die Unternehmerorganisation, deren Tarifgemeinschaft als klassisch geradezu berühmt war, hat total umgewandelt. Am 15. November verkündete das Schlußverbandsblatt unter Berufung auf die immer getriebene Realpolitik, daß der Ausschub sich einstimmig dafür erklärt habe, „in Zukunft das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch einen Tarifvertrag zu regeln“. Dem Stein druckgewerbe müsse seine frühere Stellung in der Volkswirtschaft wieder zurückgefordert werden, der Schlußverband wolle deshalb „die Reibungen mit den Arbeitnehmern in Zukunft beilegen“. Das ist eine wertvolle Begleiterscheinung der Revolution; seit dem Jahre 1911 war in dem benachbarten Gewerbe latenter Kriegsstand. Die tariflose Seite ist keiner Seite zum Vorteil gewesen.

Wie steht es mit der Hilfsarbeiterchaft? Ihr Tarif ging durch den Kampf der Lithographen und Stein drucker mit in die Brüche. Unsere Leser wissen, was alles vom Deutschen Buchdruckerverein gegen eine neue zentrale Tarifgemeinschaft mit der Hilfsarbeiterorganisation im Laufe der angegebenen Zeit vorgebracht wurde. Die Gründe waren nicht mehr stichhaltig. Sie sind durch die veränderte Stellungnahme der Prinzipale vom Stein noch hinlänglich geworden. Es muß nun auch in dieser Richtung bald der Umwälzung eintreten. Die Vertretung der Hilfsarbeiterorganisation im Buchdruckeramt ist gewiß als ein Vorgehen dazu anzusehen.

Die Fortbildungsarbeit für die Kriegsausgeleiterten ist gleichfalls der Abertelung in die Friedenswirtschaft hinzuzuzählen. Es bedarf keines Appells an unsere typographischen Vereinigungen und Sparten hierzu; wir wissen, sie sind in ihrer bekannten Unselbstständigkeit bereit, allen zu beruflicher Sichtung aufzuhelfen. Es liegt in erster Linie an den jungen Kollegen, die aus der Lehre zum Heresdienste gerissen wurden, ihr erklärliches Manko in der Ausbildung wegzumachen und vollwertige Gehilfen zu werden. Mögen sie sich ja nicht die Gelegenheit entgehen lassen, das unfreiwillig Verabäumte nachzuholen! In Zukunft werden die brauchbaren Arbeitshände ihren Platz am besten behaupten. Das Studium der Fachliteratur ist nicht minder zu pflegen. Auch das ist gegen früher äußerst leicht gemacht.

Der Gutsenbergbund und sein Organ müssen an einer kleinen Befassung. Nach wiederholten Auslassungen des „Typ.“ kommen die Bundesführer mit unserm Verbandsvorstande, mit den Gehilfenvertretern und den Gewerkschaften gut, mit dem „Korr.“ aber schlecht aus. In dieser horizontbeengten Auffassung liegt die starke Verkennung, daß der „Korr.“ eben beraten ist, öffentlich anzusprechen, was der kleine Nachbar an Ungezogenheiten usw. verbricht. Bekanntermachen gehen wir einer solchen Beschäftigung gern weit aus dem Wege. Das Bundesorgan geriet unlängst in großes Schwanken. Der „Korr.“ hatte die Verschärfung des Vereins Berliner Buchdruckerinnen an eine insolvente christlich-gewerkschaftliche Firma wegen dummer Motivierung erklärt und der Bundesleitung über den dabei den Feldgrauen ermittelten Bierdienste einige Wahrheiten gesagt. Kollege Grahmann hielt am jenseitigen in unserer Leipziger Mitgliedschaft einen Vortrag, dabei dieses Streiches des Gutsenbergbundes und einiger Korrerebelheiten von Thurner mit Gedächtnis gedenken. Da man nun im Zweifel war, ob Grahmann nicht auch den ersten Artikel auf dem Gewissen hatte, wurde eine ganz bequame Form der Erwiderung gewählt. Wir glorifizierten dieses Vorkommens und bekannten uns zur Arbeiterchaft, um sämtliche Reklitor abehen zu lassen. Es wurde das zu keiner Lösung. Die großartige Entgegnung zeigt mehr sich durch die vielen Umgehungen unsrer Behauptungen und Feststellungen aus. Wenn der Fachlehrer Schmidt nicht gewesen wäre, hätte es ganz schlecht gestanden um stichhaltige Argumente gegen uns. Der gar nichts autorisierte Herr Schmidt ist (siehe Nr. 17), wenn das nach den Überreibungen noch Weltbened uns auch mißfällt, für die Eigenhaft des Herrn Thurner als Brautführer des femininen Vereins recht schlecht gezeig-

